

Vorwort

»Was Krieg zerhaut, zerschmeißt, zerbricht/das wird in Friede ausgerichtet.« Diesen Vers brachten die Einwohner des Dorfes Seese in der Niederlausitz in ihrer Kirche an, nachdem diese zu Beginn des Siebenjährigen Krieges zerschossen und von den Einwohnern wieder aufgebaut worden war. Damals konnten sie nicht ahnen, dass ihr Dorf etwa 200 Jahre später für die Erweiterung eines Braunkohlentagebaus vollständig abgerissen werden würde.

Diese Erfahrung der Devastierung von Dörfern und der Umsiedlung ihrer Einwohner haben auch im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier Tausende von Menschen immer wieder machen müssen. Sie ist verbunden mit dem modernen Tagebau, dessen Vorläufer hier allerdings weiter zurückgehen als anderswo in Deutschland. Bereits für das Jahr 1382 liegen die ersten urkundlichen Belege für Lieskau westlich von Halle vor, dass Braunkohle aus der Erde gegraben wurde. Ab dem 17. Jahrhundert wurde an immer mehr Orten im Revier nach Kohle gegraben. Dabei blieben die Gruben noch sehr überschaubar und dienten vielfach der örtlichen Versorgung mit Brennmaterial.

Ab den 1840er Jahren nahm der Braunkohlenbergbau einen rasanten Aufschwung und wurde zu einem maßgeblichen Faktor für die Industrialisierung in Mitteldeutschland, wo auch der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein (DEBRIV), 1884 in Halle gegründet, seinen Ursprung hat. Dampfmaschinen als Antriebe im Bergwerk und die dampfgetriebenen Kohlebahnen beschleunigten die Entwicklung der Braunkohlendindustrie zum Schlüsselwirtschaftszweig, der mit der Brikettierung, der Karbochemie, der Stromerzeugung in Großkraftwerken und der Treibstoffsynthese Hochtechnologien jener Zeiten hervorbrachte.

Nach 1900 wurden die bis dahin vorherrschenden Tiefbaubetriebe durch Tagebaue, die bereits an die heutigen Dimensionen heranreichten, abgelöst. Fortan griff der Abbau immer tiefer in die Kulturlandschaften ein und hinterließ vielerorts sichtbare Spuren. Dabei bestand der Zwiespalt zunehmend darin, dass die Braunkohle einerseits Arbeit, Lohn und Brot bot und damit Menschen auch von weither anzog. Andererseits nahmen die Umweltbelastungen stetig zu. Der Tagebau machte ab den 1920er Jahren den Abriss von Dörfern mit manchmal tausendjähriger Geschichte und die Umsiedlung ihrer Einwohner erforderlich. Insgesamt wurden in Mitteldeutschland über 140 Siedlungen ganz oder teilweise verlegt, wovon rund 54.000 Menschen und damit mehr als in jedem anderen Braunkohlenrevier in Deutschland betroffen waren. Der Tagebau hinterließ vielerorts Mondlandschaften, und die Braunkohleverstromung und -veredlung



Ministerpräsident Michael Kretschmer am 26.03.2018 am Aussichtspunkt des Abbaufeldes Peres des Tagebaus Vereinigtes Schleenhain

verursachte vor allem seit den 1970er Jahren Abwasser- und Luftbelastungen, die jedes Maß überschritten, etwa in Bitterfeld, Böhlen, Espenhain oder Rositz.

Diese negativen Erfahrungen mit der Braunkohlenindustrie wurden zu einem maßgeblichen Ausgangspunkt für die Umweltbewegungen der DDR, die mit ihrem Engagement deutlich machten, dass eine derartige Wirtschaftsweise keine Zukunft haben konnte. Sie wurden zu einer wichtigen Kraft der Friedlichen Revolution von 1989/90, welche die SED-Diktatur beendete und den Weg zur Deutschen Einheit freimachte. Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands 1990 endete diese exzessive Braunkohlenindustrie und wurde erfolgreich in neue Strukturen überführt.

Auch wenn nach 1990 nur noch wenige Devastierungen auftraten, gemeinsame Umsiedlungen üblich wurden und faire, sozialverträgliche materielle Angebote über öffentlich-rechtliche Verträge zum Tragen kamen, blieb die Thematik weiter schwierig, da den betroffenen Menschen ein Sonderopfer zugunsten der Allgemeinheit zugemutet wurde. Mit dem 2020 durch Bund und Länder gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung bis spätestens 2038 steht nunmehr fest, dass es hier keine weiteren bergbaubedingten Umsied-



Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff am 29.05.2021 am Inneren Aussichtspunkt des Abbaufeldes Domsen im Tagebau Profen

lungen mehr geben wird. Damit endet dieses Kapitel nach fast einem Jahrhundert – ganz sicher ein denkbar günstiger Zeitpunkt für die nunmehr vorliegende abschließende Bilanz zum Thema. Dafür ist es nicht zuletzt deshalb höchste Zeit, weil es immer weniger Zeitzeugen dieser Umsiedlungen gibt. Dabei kann das Anliegen der Herausgeber, ungeachtet aller Betroffenheiten, Befindlichkeiten und unterschiedlicher Sichtweisen alle Befunde klar zu benennen, ohne zu beschönigen oder zu verurteilen, nur unterstützt werden.

In diesem Sinne wünschen wir dem vorliegenden Band eine positive Aufnahme und verbleiben mit einem herzlichen Glückauf.

Michael Kretschmer
Ministerpräsident des
Freistaats Sachsen

Dr. Reiner Haseloff
Ministerpräsident des
Landes Sachsen-Anhalt